

# Statut für eine vielfältige Partei



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 24.08.2020  
Tagesordnungspunkt: SV Satzung Vielfaltsstatut

## Antragstext

### 1 I. Präambel

2 Die Vielfalt unserer Partei ist unsere Stärke. Wir teilen politische Macht und verstehen uns  
3 als Bündnispartei, die auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für  
4 unterschiedliche Erfahrungen, Vorstellungen und Ansätze. Wir sind auf vielfältiges  
5 biographisches Erfahrungswissen und vielfältige Perspektiven aus der ganzen Breite der  
6 Gesellschaft angewiesen, um als Partei umfassende Antworten auf Fragen zu finden, die uns  
7 als gesamte Gesellschaft betreffen.

8 Seit unserer Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein.  
9 Vieles hat sich in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren zum Positiven verändert: bei  
10 der Gleichstellung der Geschlechter, bei der Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und  
11 West, beim Staatsangehörigkeitsrecht, bei der Ehe für alle oder bei der Inklusion. Doch  
12 trotz dieser unbestreitbaren Fortschritte sind nach wie vor große gesellschaftliche Gruppen  
13 unterrepräsentiert, ist das Bildungssystem noch immer nicht so, dass alle Kinder die  
14 gleichen Startchancen haben, gibt es soziale Barrieren, fehlenden Zugang zu  
15 gesellschaftlicher Teilhabe und Infrastruktur. Wir wollen, dass alle mit am Tisch sitzen.

16 Diesem Selbstverständnis nach ist es unser Anspruch, dass bei uns alle Menschen, die unsere  
17 Werte und Ziele teilen, die Möglichkeit haben, sich gleichberechtigt einzubringen, ihre  
18 Interessen zu vertreten und ihre Themen zu repräsentieren – ohne Barrieren, Hürden oder  
19 Vorurteile. Diese wollen wir in unseren Parteistrukturen finden und einreißen. Dazu gehört  
20 auch, unsichtbare, ausschließende Strukturen sichtbar zu machen. Wir wollen sie überwinden  
21 und den Zugang zu gleichberechtigter politischer Teilhabe gewährleisten.

22 Unser Ziel ist Zusammenhalt in Vielfalt. Wir wollen, dass sich die vielfältigen Perspektiven  
23 der gesamten Gesellschaft in unserer Partei abbilden. Die Repräsentation von  
24 gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen mindestens gemäß ihrem  
25 gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene ist unser Ziel. Viele Menschen sind  
26 jedoch aufgrund von gesellschaftlichen Verhältnissen strukturell von Ungleichbehandlung  
27 betroffen.

28 Deswegen setzen wir uns zur Aufgabe, unsere Strukturen so zu gestalten, dass sie in Bezug  
29 auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung,  
30 die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die  
31 Sprache, die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, den sozialen oder  
32 Bildungsstatus oder die Herkunft inklusiv und nicht diskriminierend wirken.

33 Wir stellen uns Diskriminierung auch innerhalb unserer Partei entschlossen entgegen. Durch  
34 kritische Selbstreflexion auf allen Ebenen wollen wir Wissen und Bewusstsein über bestehende  
35 oder mögliche Diskriminierungsmechanismen – gerade auch mehrdimensional wirkende – in

36 unserer Partei verankern und diese Mechanismen abbauen. Diskriminierungsfälle innerhalb  
37 grüner Strukturen werden wir aktiv bearbeiten und Betroffene vor Diskriminierung und  
38 Rassismus schützen. Dafür sind wir auf die Erfahrungen und Expertise der Parteimitglieder,  
39 die eigene Diskriminierungserfahrungen haben, angewiesen.

40 Wir etablieren und stärken innerhalb unserer Strukturen Räume, in denen gerade Menschen mit  
41 Diskriminierungserfahrungen sich in geschütztem Rahmen austauschen, vernetzen und  
42 gegenseitig stärken können, und stellen dafür Ressourcen zur Verfügung.

43 Politische Teilhabe darf nicht vom Einkommen, dem Bildungsabschluss oder der Lebenssituation  
44 abhängen. Unsere Strukturen wollen wir so gestalten, dass sie für alle verständlich,  
45 zugänglich und durchlässig sind.

46 Durch solidarische Bündnisse unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertretungen  
diskriminierter

47 Gruppen und ihr zivilgesellschaftliches Engagement.

48 Alle Untergliederungen und Teilorganisationen sowie Gremien und Versammlungen sind dazu  
49 angehalten, diese Ziele zu achten und zu stärken.

## 50 **§ 1 Repräsentation**

51 1. Wir wollen, dass sich die vielfältigen Perspektiven der gesamten Gesellschaft in  
52 unserer Partei abbilden. Die Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder

53 benachteiligten Gruppen mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der  
54 jeweiligen Ebene ist unser Ziel.

55 2. Der Bundesvorstand und der Diversitätsrat werden alle zwei Jahre eine  
56 wissenschaftlich fundierte Evaluierung zur Zusammensetzung von Funktionär\*innen,  
57 Parlamentarier\*innen und Angestellten auf europäischer, Bundes- und Landesebene durchführen. Dabei  
58 soll dargestellt werden, inwiefern sich die Vielfalt der Gesellschaft in der  
59 Zusammensetzung der Befragten widerspiegelt und welche  
60 Diskriminierungserfahrungen es gibt. Ein Bericht dazu wird alle zwei Jahre auf der BDK vorgestellt und diskutiert.

61 3. Der Diversitätsrat und der Bundesvorstand werden auf Grundlage der Ergebnisse  
62 der Evaluierungen Instrumente wie etwa Diversity-Trainings, Quoten oder  
63 Empowerment-Maßnahmen diskutieren und entwickeln, um dem in Absatz 1 genannten Ziel näher  
64 zu kommen.

## 65 § 2 Versammlungen

- 66 1. Präsidien werden divers besetzt, sodass sie gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.
- 67 2. Bei Veranstaltungen, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN organisiert werden, wird  
68 darauf  
geachtet, dass die Referent\*innen die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.
- 69 3. Alle Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind grundsätzlich barrierefrei  
70 zu  
gestalten.
- 71 4. Tagungszeiten und -räume sollen nicht sozial ausschließen.

## 72 § 3 Einstellung von Arbeitnehmer\*innen

- 73 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichtet sich als Arbeitgeber\*in dem Vielfaltsstatut  
und der  
74 Stärkung von Menschen, die diskriminierten Gruppen angehören. Bei bezahlten  
Stellen  
75 soll sich auf allen Qualifikationsebenen die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln.
- 76 2. Dazu sind Stellenausschreibungen so zu gestalten, dass sie den Zielen des  
77 Vielfaltsstatuts entsprechen und Menschen, die diskriminierten Gruppen angehören,  
78 besonders ansprechen.
- 79 3. In Bereichen, in denen Menschen, die diskriminierten Gruppen angehören,  
80 unterrepräsentiert sind, werden diese bei Einstellungen bei gleicher Kompetenz  
81 bevorzugt.
- 82 4. Bei der Zusammenarbeit mit Partner\*innen und Dienstleister\*innen wird darauf  
geachtet,  
83 dass diese diskriminierungsfrei arbeiten.

## 84 § 4 Empowerment und Weiterbildung

- 85 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schafft Angebote zum Empowerment von diskriminierten  
oder in der  
86 Partei unterrepräsentierten Gruppen.
- 87 2. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schafft Angebote für die diversitätspolitische und  
88 diskriminierungskritische Aus- und Weiterbildung der Amtsträger\*innen und  
89 Führungskräfte der Partei.
- 90 3. Die Landesverbände und der Bundesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen  
für die in  
91 Absatz 1 und 2 genannten Aufgaben Mittel zur Verfügung. Zur Sicherstellung eines  
92 Mindestmaßes an Mitteln wird ein Vielfaltscent eingeführt.

## 93 II. Innerparteiliche Strukturen

### 94 § 5 Diversitätsrat

- 95 1. Der Diversitätsrat berät oder beschließt über Angelegenheiten der Diversitätspolitik  
96 der Partei zwischen den Bundesversammlungen und befasst sich mit  
Angelegenheiten, die  
97 die Bundesversammlung an ihn delegiert. Der Diversitätsrat kontrolliert die  
Einhaltung

98 und die Umsetzung des Diversitätsstatuts. Der Diversitätsrat koordiniert die Arbeit  
99 zwischen den Gremien der Bundespartei, den Fraktionen und den Landesverbänden.

100 2. Dem Diversitätsrat gehören an:

101 1. zwei Delegierte pro Landesverband, davon in der Regel ein  
102 Landesvorstandsmitglied und ein weiteres Mitglied. Die Wahl der  
103 Mitglieder aus  
104 den Landesverbänden sowie ihrer Stellvertreter\*innen regeln die  
105 Landesverbände.  
Bei der Delegation ist die Repräsentanz der Vielfalt der Gesellschaft zu  
beachten;

106 2. ein Mitglied des Bundesvorstands;

107 3. ein Mitglied der Bundestagsfraktion und ein Mitglied der Gruppe von  
108 BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN im Europaparlament, die von der Fraktion bzw. der  
109 Gruppe entsandt  
werden;

110 4. je ein\*e Delegierte\*r der Bundesarbeitsgemeinschaften Migration &  
111 Flucht,  
Behindertenpolitik, Frauenpolitik, Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie  
112 Bildung  
und zwei Delegierte der Dachstruktur QueerGrün.

113 5. ein Mitglied der GRÜNEN JUGEND;

114 6. vier kooptierte Mitglieder;

115 7. ein\*e Delegierte\*r des (Empowerment-)Netzwerks Bunt-Grün;

116 8. die Vielfaltsreferent\*innen aus Bund und Ländern als beratende  
Mitglieder.

117 3. Alle Mitglieder des Diversitätsrates müssen, mit Ausnahme der kooptierten  
Mitglieder,  
118 Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein. Die Amtszeit der Mitglieder im  
119 Diversitätsrat beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Alle Delegierten sind  
120 mindestquotiert zu wählen. Das volle Stimmrecht im Diversitätsrat erhalten nur die  
121 mindestquotiert entsandten Delegationen.

122 4. Der Diversitätsrat tagt mindestens zweimal jährlich. Zu weiteren Sitzungen tritt der  
123 Diversitätsrat zusammen, wenn ein Fünftel der Mitglieder oder der Bundesvorstand  
dies  
124 verlangen.

125 5. Der Diversitätsrat tagt in der Regel parteiöffentlich; er kann die Öffentlichkeit mit  
126 einfacher Mehrheit ausschließen.

127 6. Der Diversitätsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

## 128 § 6 Votum

129 1. Bei der Behandlung von Anträgen, die die Lebensbereiche von im Vielfaltsstatut  
130 benannten Gruppen betreffen hat der Diversitätsrat das Recht, auf der  
131 Bundesversammlung und auf dem Länderrat ein Votum zu vergeben.

132 2. Der Diversitätsrat hat das Recht, zu allen Anträgen an die Bundesversammlung, die die

133 vielfaltspolitischen Grundsätze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffen, in einem  
134 Redebeitrag Stellung zu nehmen.

### 135 **§7 Vielfalts-Kongress**

136 1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lädt alle zwei Jahre zu einem Vielfalts-Kongress ein und  
stellt  
137 die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung.

138 2. Der Vielfalts-Kongress ist öffentlich. Er hat u.a. die Aufgabe, den Dialog mit  
139 Verbänden und Vertretungen diskriminierter Gruppen zu stärken.

140 3. Der Diversitätsrat bereitet den Vielfalts-Kongress zusammen mit dem\*der Vielfalts-  
141 Referent\*in vor.

### 142 **§ 8 Bundesarbeitsgemeinschaften**

143 1. Zu den für Vielfalt zuständigen Gremien gehören neben dem Diversitätsrat die BAG  
144 Behindertenpolitik, die BAG Migration und Flucht, die Dachstruktur QueerGrün, die  
BAG  
145 Arbeit, Soziales und Gesundheit, die BAG Bildung und die BAG Frauenpolitik.

146 2. Vielfalt ist gleichzeitig ein Querschnittsthema für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das von  
147 allen Bundesarbeitsgemeinschaften bearbeitet werden soll.

### 148 **§ 9 Vielfalts-Referat**

149 1. In der Bundesgeschäftsstelle wird ein Vielfalts-Referat eingerichtet. Hierzu stellt  
150 der Bundesvorstand eine\*n Vielfalts-Referent\*in ein.

151 2. Das Vielfalts-Referat wird mit einem Budget finanziell und materiell angemessen  
152 ausgestattet.

153 3. Das Vielfalts-Referat entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und  
dem  
154 Diversitätsrat Maßnahmen, die zur angestrebten gleichberechtigten Teilhabe und der  
155 Repräsentanz von diskriminierten Gruppen und Menschen innerhalb von BÜNDNIS  
90/DIE  
156 GRÜNEN und in der Gesellschaft beitragen.

157 4. Der\*die Vielfalts-Referent\*in hat Zutritts-, Einsichts- und Mitspracherecht in den  
158 Gremien des Bundesverbands. Der\*die Vielfalts-Referent\*in soll Landes-, Kreis- und  
159 Ortsverbände beraten.

## 160 **III. Geltung**

### 161 **§ 10 Geltung**

162 1. Das Vielfalts-Statut ist Bestandteil der Satzung des Bundesverbands von BÜNDNIS  
90/DIE  
163 GRÜNEN. Es tritt am Tag seiner Beschlussfassung in Kraft.

164 2. Die Landes- und Kreisverbände sind aufgefordert, Regelungen in ihre Satzungen  
165 aufzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen, die zur gesellschaftlichen Vielfalt in  
ihren  
166 Gremien beitragen, soweit die Regelungen dieses Statuts nicht direkt anwendbar  
sind.